

Mir scheint bisweilen, auch die christlichen Schriftsteller gehen etwas zu weit, wenn sie immerfort nur die Sünde als das dem Menschen ganz Natürliche und Eigene bezeichnen. Wäre es so, so würde er sich darin wohl und zufrieden fühlen und im Guten unglücklich, was beides nicht der Fall ist. Allerdings kann man sich auch an etwas Ungehöriges gewöhnen, und Gewohnheit von Generationen gestaltet es zur »zweiten« Natur. Aber dieser Bann kann gebrochen werden, und das ist es gerade, was das Christentum beabsichtigt. Wir sollen es nicht als etwas uns ganz Fremdes und Unnatürliches annehmen, . . . sondern in ihm zu unserer wahren gottgewollten Natur zurückkehren.

Carl Hilty

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Die Arbeiterfrage heute, gesehen von der CAJ Ende Oktober und Anfang November 1951 führte die deutsche CAJ zwei nationale Studienwochen durch. Die Gebietskapläne der CAJ trafen sich in Brüssel, um mit dem Gründer der Internationalen Bewegung der Christlichen Arbeiterjugend, Msgr. Cardijn, und mit anderen verantwortlichen Priestern der belgischen CAJ die Probleme, die sich der Arbeiterschaft in Deutschland stellen, zu studieren und gemeinsam nach einer wirksamen Lösung zu suchen.

Auf der Studienwoche der Laienleiter und Sekretäre der deutschen CAJ in Bad Dürkheim ging es um das gleiche Grundproblem der Arbeiterjugend. Beide Tagungen kamen zu denselben Grunderkenntnissen und Lösungsvorschlägen:

Die Arbeiterfrage keine reine Lohnfrage

Vielfach wird heute die Meinung vertreten, bei der augenblicklichen wirtschaftlichen Situation, die dem Arbeiter im Gegensatz zu anderen Schichten des Volkes einen günstigeren Lebensstandard sichere, bestände keine Arbeiterfrage mehr oder sie habe ihr Schwergewicht verloren. Auch in christlichen Kreisen begegnet man hier und dort einer gewissen Angst, die Arbeiterfrage könnte zu wichtig genommen werden. Dabei wird jedoch die Arbeiterfrage lediglich vom Gesichtspunkte des Lohnes beurteilt, und selbst hier nicht einmal richtig. Denn wenn es auch heute manchen Kreisen des Volkes schlechter geht als dem Durchschnitt der Arbeiter, so ist doch für sehr viele von ihnen noch keineswegs jene wirtschaftliche Existenz gewährleistet, wie sie in den Sozialenzykliken gefordert wird. Vor allem der verheiratete Arbeiter mit mehreren Kindern ist oft schwersten wirtschaftlichen Belastungen ausgesetzt.

In Wirklichkeit jedoch ist das Arbeiterproblem nicht nur

ein wirtschaftliches Problem, sondern vor allem ein kulturelles und religiöses und nicht zuletzt auch ein politisches Problem. Nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt gelangt die Arbeiterschaft zu solch einer maßgebenden Stellung im Sozialkörper der Völker und zu einer so großen Verantwortlichkeit, daß die gesamte Entwicklung der Völker weitgehend von den Entscheidungen und der sittlichen und politischen Reife der Arbeiterschaft abhängen wird.

Die menschliche Situation des jungen Arbeiters

Wie steht es um die menschliche, die kulturelle und die religiöse Situation der jungen Arbeiter, die morgen die Verantwortung übernehmen und ausüben werden? Die Situation ist beängstigend. Die jungen Arbeiter leiden unter dem Mangel einer wirklichen Erziehung und Bildung. Die Ursachen für dieses Versagen liegen darin, daß die Erziehungsfaktoren Familie und Schule ihrer Aufgabe, den jungen Menschen auf das Arbeiterleben vorzubereiten, nur in unvollkommener Weise oder überhaupt nicht gerecht werden. Das liegt nicht immer am schlechten Willen. Oft wissen die Eltern nicht, wie sie ihre Erziehungsaufgabe erfüllen sollen, oft lassen auch die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Elternhauses, zumal, wenn die Mutter mitzuarbeiten gezwungen ist, eine wirkliche Erziehung nicht zu. Viele Familien sind durch die Arbeitsverhältnisse gesprengt. Schichtarbeit läßt den Vater oft kaum die Kinder sehen. Viele Väter fehlen. Mangelndes Verantwortungsbewußtsein der Eltern den Kindern gegenüber führt zu Fehlentscheidungen und zu mangelnder Achtung der Kinder den Eltern gegenüber. Viele junge Arbeiter verlieren das Interesse an der Familie, die für sie nur noch Schlaf- und Verpflegungsstätte bedeutet.

Auch die Schule, sowohl Volks- wie Berufsschule gibt dem jungen Arbeiter nicht immer jene notwendige Erziehung zur Arbeiterpersönlichkeit, sondern sieht meistens — oft durch die heutigen Verhältnisse bedingt — ihre Möglichkeit nur in der reinen Lehrstoffvermittlung und der fachkundlichen Ausbildung.

Ein besonderes Problem stellt die Unfreiheit der Berufswahl dar. Sehr viele junge Arbeiter müssen in der heutigen wirtschaftlichen Situation einen Beruf wählen, in dem sie gerade ein Unterkommen finden. Das führt von Anfang an zur Berufsunzufriedenheit. Oft werden sie von den Eltern auch in solche Berufsverhältnisse hineingedrängt, in denen augenblicklich am meisten verdient wird. Von dieser rein materialistischen Einstellung aus gelangen sie darum zu keiner echten Berufs- und Arbeitsauffassung. Aber selbst jene jungen Arbeiter, die zu Anfang ihrer Berufstätigkeit mit Freude an ihre Arbeit herangingen und den Wert der Arbeit hochschätzten, verlieren diese Auffassung sehr oft unter dem verderblichen Einfluß ihrer Arbeitsstätten. Bei ihren eigenen älteren Arbeitskameraden begegnen sie einer oft großen Verantwortungslosigkeit, Rücksichtslosigkeit, Ehrfurchtslosigkeit, Interessenlosigkeit. In bestimmten Industriezweigen kommt es nicht selten vor, daß sie schikaniert, ausgenutzt und sogar unsittlich behandelt werden. Sehr oft müssen die jungen Arbeiter gerade in kleineren Betrieben unter der Nichtbeachtung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen leiden. Verbitterung und Nichtachtung des Gesetzes überhaupt sind dann die Folge.

Eine nicht zu unterschätzende Gefährdung der sittlichen Haltung und der Arbeitsauffassung der jungen Arbeiter ist oft durch das Vorhandensein eines gewissen Unterproletariats an den Grenzen und in den Ruinen der Großstädte gegeben, das, wenigstens zeitweise, in echte Arbeitsverhältnisse untertaucht. Ebenso auch durch jene, durch Krieg oder Kriegsfolgen entwurzelten Mitglieder anderer, sog. „besserer“ Volksschichten, die heute nur gezwungen und verbittert ihr Leben als Arbeiter führen.

Die religiöse Situation

Die größte Sorge aber bereitet die religiöse Situation der jungen Arbeiter. Ihr Glaube ist oft unlebendig, eine tote Form. In der Familie haben sie kein wirkliches Glaubensleben kennengelernt. Religiöses Brauchtum ist in den Arbeiterfamilien sehr wenig vorhanden. In der Schule haben sie — in den letzten Jahren schon oft widerwillig — nur Glaubenswahrheiten gelernt. Mit 14 Jahren treten sie nun in eine Welt, die weithin glaubenslos, glaubensgleichgültig, oft auch glaubensfeindlich ist. So werden die jungen Arbeiter mit Eintritt in das Arbeitsleben fast zwangsläufig zur Ablegung ihres Glaubens geführt, denn das Milieu der Fabriken und Betriebe ist glaubenslos. Will der junge Arbeiter den Glauben bewahren, so wird er dauernd zu Entscheidungen gegen seine glaubenslose Umwelt gezwungen, die stärker ist als er. Eine solche Belastung kann selbst eine ausgereifte Persönlichkeit auf die Dauer nur schwer ertragen. Der junge Arbeiter mit 14—15 Jahren muß dem ständigen Druck der ihm neuen und unbekanntenen Umwelt erliegen, wenn er keine besondere Hilfe findet.

Fremdheit gegenüber der Kirche

Einen weiteren persönlichkeits- und glaubensgefährdenden Faktor stellt unzweifelhaft der verderbliche Einfluß des sozialistisch-marxistischen Gedankengutes dar. Wenn auch der Einfluß der kommunistischen Partei selbst heute nicht mehr so unmittelbar wirksam wird, so ist doch die Infiltration mit marxistisch-kommunistischen Gedanken größer als wir im allgemeinen annehmen, auch dort, wo wir es oft kaum vermuten. Der Marxismus ist ja nur eine Sumpfpflanze des Liberalismus und Materialismus. Jener

Geist des liberalistisch-materialistischen Denkens aber ist heute überall herrschend. Eine echte Rückkehr und Besinnung zu christlichem Denken ist in der Öffentlichkeit noch nicht erfolgt. Es ist bedauerlich, daß die enge Verbindung christlicher Werte mit parteipolitischen Zielsetzungen im Gegenteil in manchen Kreisen der Arbeiterschaft die Voreingenommenheit gegen Klerus und Kirche noch verstärkt hat. Wenn auch eine ausgesprochen antiklerikale Einstellung in der jungen Arbeiterschaft nicht anzutreffen ist, so besteht doch ein Gefühl der Fremdheit der Kirche gegenüber. Das hat nicht zuletzt seinen Grund in der Tatsache, daß noch zu wenig Priester eine wirkliche Kenntnis der sozialen Arbeiterprobleme und der Mentalität der Arbeiter besitzen. Da die Arbeiterschaft unter einem verständlichen Minderwertigkeitsbewußtsein leidet, reagiert sie oft sehr empfindlich und das führt zu neuen Mißverständnissen bei vielen Priestern. Und doch ist es offensichtlich, daß gerade in der jungen Arbeiterschaft, zumindest im Unterbewußtsein, eine wirkliche Sehnsucht nach den Werten wahrer Kultur, Religion und Sittlichkeit, ja nach den Werten des Christentums vorhanden ist. Diese schlummernden Kräfte, die nur in rechter Weise geweckt werden müssen, rechtfertigen unser Vertrauen zur Arbeiterschaft und unseren Glauben, daß sie unter rechter Führung ihre geschichtliche Verantwortung übernehmen und erfüllen wird. Die Teilnehmer der Studienwochen, Priester wie Laien, sahen es aber als notwendig an, daß gerade die Priester mehr noch als bisher dem Studium des Arbeiterproblems sich widmen und einen stärkeren Kontakt mit der Arbeiterschaft suchen. Die Lösung des Arbeiterproblems sahen sie im Aufbau und der Wirksamkeit einer wirklich missionarischen einheitlichen jungen Arbeiterbewegung, wie sie die CAJ darstellt. Voraussetzung ist, daß bei Priestern und Laien ein tiefer, überzeugter und überzeugender Glaube an die providentielle Sendung und Wirksamkeit des Laienapostolates vorhanden ist. Dieser Glaube und diese Verantwortungsbereitschaft ist die Grundlage der CAJ, die als missionarische Elite in der Masse wirkt und sie zu einer christlichen Lösung ihrer vielfältigen Probleme hinführen will.

CAJ und Gewerkschaft

In besonderer Weise beschäftigten sich die Studienwochen mit der Verantwortlichkeit der CAJ im öffentlichen Raum. Neben dem inneren Aufbau der Bewegung liegt hier die vordringlichste Aufgabe. Es wurde hinsichtlich der Gewerkschaft erneut betont, daß die CAJ die Einheitsgewerkschaft, wie wir sie heute in Deutschland haben, unter der Voraussetzung der absoluten weltanschaulichen und parteipolitischen Neutralität bejaht. Sie erwartet selbstverständlich, daß auch im entsprechenden Maße christliche Kräfte in der Gewerkschaftsführung beteiligt werden. Die CAJ hält es für erforderlich und regt an, daß alle in der Gewerkschaft verantwortlich tätigen Christen, gleich welchen Organisationen sie angehören mögen, sich in besonderen Arbeitskreisen zusammenfinden, um sich für eine christlich positive Mitarbeit in der Gewerkschaft zu schulen.

Eine bedeutsame Am 22. Dezember 1951 empfing in
Priesterweihe der Seminarkirche zu Mainz der ehemalige evangelische Pfarrer Rudolf Goethe, der vor einiger Zeit mit seiner Familie katholisch geworden war, das heilige Sakrament der Priesterweihe. Der Heilige

Vater hat ihm die Erlaubnis gegeben, unter Weiterführung seiner Ehe seinen Priesterberuf auszuüben. Die Neuigkeit dieses Ereignisses hat den Regens des Mainzer Priesterseminars, Prof. Dr. J. M. Reuß, veranlaßt, es in dem Mainzer Diözesanblatt „Glaube und Leben“ (Nr. 50 vom 16. Dezember 1951) zu interpretieren. Es heißt in diesem Aufsatz:

„Bedeutet das nun eine allgemeine Aufhebung des von dem katholischen Priester des lateinischen Ritus verlangten Zölibates, der Ehelosigkeit des katholischen Priesters um seiner Ganzhingabe an Gott willen? In keiner Weise. Zwar werden schon seit Jahrhunderten auch in der mit Rom vereinigten griechisch-katholischen Kirche Verheiratete zu Priestern geweiht. Diese allgemeine Ausnahme für die Priesterweihe Verheirateter in der griechisch-unierten Kirche gilt auch heute noch. Der Heilige Vater hält aber ebenso wie seine Vorgänger seit langen Zeiten unbedingt daran fest, daß die zukünftigen Priester des lateinischen Ritus unverheiratet sein und sich bei der Subdiakonatsweihe zur Jungfräulichkeit ‚um des Himmelreiches willen‘ (Mt. 19, 12) verpflichten müssen. Doch er will eine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel denen gestatten, die erst als verheiratete evangelische Pfarrer katholisch wurden und nun unter Wahrung der Treue der Frau gegenüber, der sie vor Gott angetraut wurden, katholische Priester werden wollen. Der Heilige Vater hat diese Ausnahme nicht allgemein gestattet, sondern sich selbst die Gewährung dieser Ausnahme in jedem einzelnen Fall persönlich vorbehalten. Für Herrn Goethe und auch noch einen andern Herrn, der auch als verheirateter evangelischer Pfarrer katholisch wurde und sich ebenfalls im Mainzer Priesterseminar auf die heilige Priesterweihe vorbereitet, hat er diese Ausnahme von der allgemeinen und weiter in verpflichtender Kraft bleibenden Regel gestattet.

Sicher wird unser katholisches Volk sich über diese hochherzige Ausnahme wundern. Aber dieses Wundern wird eine Bewunderung des Heiligen Vaters sein, der mit seiner schon so oft bewährten Grundsatzfestigkeit einen solchen weiten Blick und so väterliche Güte verbindet. Er gestattet eine Ausnahme von der allgemeinen Regel dort, wo ihre Verweigerung der Arbeit an der Einheit im Glauben, um die wir mit Christus beten, schaden würde. Denn einstmals evangelische Pfarrer, die unter Opfern mit ihrer Familie katholisch wurden, sind sicher in besonderer Weise befähigt, dem großen Anliegen der Wiedervereinigung aller Christen in der einen Kirche Jesu Christi betend und arbeitend zu dienen. Als geweihte Priester werden sie besonders wertvolle Mitarbeiter für die Erreichung dieses großen Anliegens der gesamten Kirche sein. Allerdings wäre die Forderung der Trennung von der ihnen durch das heilige Sakrament der Ehe verbundenen Frau schwerlich durchzuführen. Darum hat sich der Heilige Vater auf Anregung deutscher Bischöfe zu folgendem Schritt entschlossen: In Einzelfällen, deren Entscheidung jeweils dem Heiligen Vater persönlich vorbehalten ist, gestattet er nach sorgfältiger Prüfung die Weihe eines konvertierten ehemals evangelischen Pfarrers zum katholischen Priester unter Beibehaltung der schon vor dem Übertritt zur katholischen Kirche gültig geschlossenen Ehe.

Die katholischen Priester, die bei ihrer Subdiakonatsweihe die heilige Verpflichtung der Jungfräulichkeit auf sich genommen haben, die ihnen als Verzicht auf die Ehe eine schwere Entsagung auferlegt, als Ganzhingabe

an Gott aber ein tiefes Glück schenkt, werden freudig mit dem katholischen Volk den weiten Blick, die sorgende Güte und den hochherzigen Entschluß des Heiligen Vaters bewundern und preisen, die ihnen priesterliche Mitbrüder schenken, die in besonderer Weise für den Dienst an dem Anliegen befähigt sind, das sie selbst als Priester Jesu Christi in betendem Herzen tragen: die Wiedervereinigung im Glauben.“

Die Saarbrücker Laienschulung Welche Folgerungen zieht unsere Seelsorge aus der Tatsache, daß die Verkündigung des Wortes durch den Priester weder die Ungläubigen, noch die abseits stehenden, noch die predigt-müden Katholiken erreicht und daß selbst gläubige und sogar gute Christen in den Grenzfragen von Glauben und Leben sich von einem Priester nicht mehr gern belehren lassen? In der Theorie zieht man die Folgerung, daß der Laie nun zum Organ der Verkündigung werden müsse. In der Praxis müßte also alles getan werden, die Laien dafür fähig zu machen. Sie brauchen zwar nur wenig Schulung, um durch ihr Leben Zeugnis abzulegen. Aber heute sollen sie auch Rede und Antwort stehen und durch das Wort den Glauben bezeugen. Wie viele werden sagen: „Das kann ich nicht!“ „Dazu weiß ich nicht genug Bescheid!“ „Ich kann nicht reden!“ usw. In Amerika, in England hat man unter allerdings günstigeren volkpsychologischen Bedingungen schon lange Jahre die Laien für diese Aufgabe geschult. In Frankreich zwang die Not der Kirche dazu. Im deutschen Sprachgebiet kommt die Laienschulung nur langsam voran, teils, weil man durch Erfahrungen entmutigt wurde, teils, weil der Klerus den Laien im tiefsten Herzen nichts zutraut oder nicht traut, teils, weil er noch ohne sie auskommt. Wir glauben sagen zu müssen: „noch“!

Deshalb sollen alle gelungenen Versuche dieser Art bekannt werden, damit sie zur Nachahmung ermutigen können. Wir haben deshalb schon vor einem Jahr (Herder-Korrespondenz 5. Jhg. S. 156) auf die Laienschulung hingewiesen, die Pfarrer Jakob Schmitz in St. Johann in Saarbrücken seit nunmehr drei Jahren erfolgreich durchführt und haben von ihm jetzt den dritten Jahresbericht erhalten, der die früheren Erfolge bestätigt. Pfarrer Schmitz macht darin einige wertvolle grundsätzliche Bemerkungen. Er stellt z. B. fest, daß man irren würde in der Annahme, die Predigt genüge, um die Laien über alles Notwendige zu belehren und sie zur Weitergabe ihrer Überzeugung zu befähigen. Man mutet nämlich dem Hörer zu, daß er selbst in der Lage sei, das geweihte, sakrale Kanzelwort in die Alltagssprache zu übersetzen, die ja draußen allein noch verstanden wird (worauf zu einem guten Teil die Erfolge der Versammlungsreden von Pater Leppich beruhen). Aber auch die volkstümliche Kanzelsprache verleiht höchstens die Fähigkeit, Gehörtes nachzureden, noch nicht die einzig zeugniskräftige Macht, aus Eigenem zu sprechen. Schließlich sei es ein Irrtum zu meinen, auf der Kanzel die eigentlichen, die brennenden Fragen des Lebens und der Zuhörer zu treffen. Nur Christus vermochte in den Herzen der Zuhörer zu lesen und ihre Fragen vorwegzunehmen. Der menschliche Priester muß zuerst den Laien hören, um ihm dann wirklich auf *seine* Fragen antworten zu können. So begründet Pfarrer Schmitz seine Laienschulungsmethode: das arbeitgemeinschaftliche Gespräch „um den runden Tisch“.

Damit dies Gespräch fruchtbar ist, muß zunächst einmal das fast unausrottbare Vorurteil der deutschen „Gründlichkeit“, der Systematismus überwunden werden. Die Fragen müssen aus dem Leben kommen, die Themen nicht durch systematische Folge, sondern durch organische Weiterführung zum Ganzen wachsen. Natürlich dauert das länger, aber dafür geht der Laie wirklich mit. Er geht nach den Erfahrungen von Saarbrücken durch Jahre mit. Ferner muß eine wirkliche Aussprache stattfinden. Die Referate dauern höchstens dreißig Minuten. Die Aussprache spielt sich mit der Zeit so sehr ein, daß die Teilnehmer wirklich frei von der Leber reden. Sie sind zum Teil soweit gekommen, daß sie jetzt schon selbst die Referate halten und zwar nicht in der Form literarischer Wiedergaben, sondern so, daß sie über die Fragen in der Weise reden, wie ein katholischer Laie aus seinem Glauben, seinem religiösen Wissen und mit seinem gesunden Menschenverstand dazu Stellung nimmt. Auf dieses Stellungnehmen kommt es ja auch der Welt gegenüber an, nicht darauf, ob alle Formulierungen vor dem kritischen theologischen Zensor Gnade finden oder ob alle loci theologici berücksichtigt wurden. Es handelt sich, wie Schmitz bemerkt, nicht um ein „Bildungswerk“, sondern um Schulung der Laien für das Zeugnis vor der Welt. Deshalb werden die Aussprachen auch mit Gebet, Betrachtung usw. verbunden, sie sind, wenn man so sagen darf, existenziell gemeint. Deshalb werden die Laien auch wirklich ernst genommen. Sie selbst haben nicht nur das Wort in allen und das Referat in allen denjenigen Dingen, für die sie eine größere Zuständigkeit besitzen, sondern sie tragen und planen die ganze Institution. Und ihr Pfarrer kann schreiben: „Hier wie auf dem gesamten Gebiet der Katholischen Aktion ist der Laie zur Stelle, wenn er Verantwortung tragen darf.“

In St. Johann gibt es also seit drei Jahren Arbeitsgemeinschaften auf den verschiedensten Gebieten, im Winter erstere, im Sommer leichtere Themen. Im Durchschnitt nehmen je hundert Leute wöchentlich einmal an ihrer Arbeitsgemeinschaft teil. Bemerkenswerterweise sind es Menschen jeden Alters, Geschlechtes, Berufes und Bildungsgrades. Es hat sich nämlich immer mehr herumgesprochen: hier werden nicht im herkömmlichen Sinne Vorträge absolviert, sondern hier wird aus katholischer Sicht und mit völliger Freiheit der Meinungen in der Diskussion zu wichtigen Lebensfragen wirklich Stellung bezogen. Die Aussprache interessiert ganz einfach, und sie interessiert den Studienrat genau so wie die Arbeiterfrau. Im Sommer wird auch die Kunst in den Rahmen der Tätigkeit einbezogen. Es werden Fahrten zu Heiligtümern, zu den Kaiserdomen, zu den Kathedralen Nordfrankreichs unternommen, aber als Weihefahrten, Einkehrfahrten, wie es auf der Bensberger Tagung (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg. S. 85) so dringend gefordert wurde.

Mehrmals im Jahre finden dann größere, mit großer Sorgfalt und konkurrenzfähiger Aufmachung gestaltete Feiern und Vorträge statt, an denen bis zu 1500 Menschen teilnahmen. An Themen und an Referenten hat Pfarrer Schmitz je länger desto weniger Mangel. Was die Themen betrifft, liefern ihm schon Film, Funk und Presse mehr Anregungen, als er verwirklichen kann. Selbstverständlich werden wichtige Filme besucht und besprochen. Wo wäre es auch notwendiger und natürlicher, daß die Laien ihre Meinung verbreiten und des-

halb eine Meinung haben. Am stärksten aber werden sie nach unserm Bericht von sozialen Themen angezogen. In Saarbrücken ist das selbstverständlich. Eine letzte Frage: Wie hat er es angefangen? Pfarrer Schmitz schrieb monatlich einen Pfarrbrief. Er ließ ihn durch Helfer austragen. Bald fanden die Helfer solche Aussprachen notwendig; denn sie wurden in den Häusern alles Mögliche gefragt. Sie bildeten also die ersten Runden, und alle übrigen Interessenten kamen allmählich hinzu.

Volksmission in Aachen

In sämtlichen Pfarreien der Stadt Aachen fand vor kurzem zu gleicher Zeit eine Volksmission statt, deren Erfahrungen und Ergebnisse von mehrfacher typischer Bedeutung sind. Aachen ist eine Großstadt mit ausgesprochen katholischem Gesicht: 115 000 Katholiken unter 130 000 Einwohnern. Die Stadt ist am schwersten vom Kriege heimgesucht. 1945 hatte sie 5 000 Einwohner. Ihre Häuser waren zu 75 % zerstört. Die Wohnungsverhältnisse sind zum Teil noch heute derart, daß Missionare erklärten, „daß sie solche Wohnungsenge und Wohnungsnot noch nirgendwo bei ihren Besuchen gefunden hätten“. An dieser Bevölkerung hat der Krieg also ganze Arbeit getan. Die Nachkriegs-seelsorge litt lange Zeit erschreckend unter dem Mangel an Gottesdienstraum.

Die Mission wurde ein Jahr lang durch Gebet im Gottesdienst und in den Familien, durch Predigten und Hausbesuche, durch Handzettel- und Plakatwerbung vorbereitet. Sie dauerte vierzehn Tage mit Morgen- und Abendpredigt, die je zweimal zu verschiedenen Zeiten gehalten wurden. Eine Trennung der Zuhörer nach Geschlechtern fand nicht statt. Die Beteiligung wurde zur Hälfte durch Zählung, zur Hälfte durch Schätzung ermittelt. Sie schwankte zwischen 30 % (in der Pfarrei mit den elendesten Wohnverhältnissen) und 70 %. Der Durchschnitt liegt bei 50,04 %. Allerdings sind diese Sätze unter Weglassung von 13 000 vorschulpflichtigen Kindern, also von einer angenommenen Zahl von 103 000 Katholiken errechnet. Die Schulkinder nahmen mit fast 100 % teil, worin sich zweifellos der Einfluß der Konfessionsschule spiegelt. Im Laufe der Mission kehrte eine große Zahl von Menschen zur Kirche zurück, die bis zu 40 Jahren am kirchlichen Leben nicht mehr teilgenommen hatten. Sie werden auf mehr als tausend beziffert. 96 ungültige Ehen konnten geordnet werden; in manchen, die kirchenrechtlich nicht sanktioniert werden konnten, wurde eine Verbindung zur Kirche angebahnt. 106 aus der Kirche ausgetretene Menschen wurden zurückgewonnen und 25 ältere Kinder getauft.

Der Bericht über die Mission stellt die Frage, ob mit den 50,04 % Missionsteilnehmern alle noch irgendwie lebendigen Katholiken der Stadt erfaßt seien, und verneint dies. Aus der hundertprozentigen Teilnahme der Kinder wird die Folgerung gezogen, daß auch die 13 000 Vorschulkinder katholisch erzogen werden. Diese Annahme halten wir für zweifelhaft; denn es ist kaum anzunehmen, daß die abständigen Katholiken Aachens ihre Kinder sämtlich religiös erziehen. Der Bericht aber erhöht mittels dieser Annahme die Prozentzahl der kirchlich Aktiven auf 60 %. Ferner rechnet er mit weiteren 10 % von wirklich an der Teilnahme Verhinderten, guten Christen, die aber keine Neigung zu solchen Missionen haben, und Gelegenheitschristen, so daß die Folgerung

gezogen wird: 70 % der Aachener Katholiken halten zur Kirche. Abgesehen von der fragwürdigen Einbeziehung der Kinder dürfte aber diese Annahme noch aus einem andern Grund vielleicht doch zu optimistisch sein. Sie berücksichtigt nämlich weder die soziale noch die Altersstruktur der Teilnehmer. Darüber findet sich im Bericht nur die Bemerkung: „In fast allen Pfarreien wurde die mehr oder minder geringe Teilnahme der Jahrgänge vom 20. bis zum 40. Jahre beklagt, auch beim weiblichen Geschlecht, aber weniger als bei den Männern.“ Übrigens war die Teilnahme in den kleineren Pfarreien verhältnismäßig besser, und die sichtbaren Erfolge kamen weniger durch die Predigten als durch die Hausbesuche zustande.

An der Mission waren Patres von wenigstens acht verschiedenen Orden beteiligt, die ihre besten Kräfte entsandt hatten. Sichtbare Unterschiede im Erfolg ihrer verschiedenen Methoden werden nicht verzeichnet. Nur ist festzuhalten, daß die Mission mit der größten Energie vorbereitet und durchgeführt wurde und daß man alles versuchte, um die ganze Stadt mit ihrer Atmosphäre zu erfüllen. Trotz dieser Anstrengung gelang es nicht, zwischen 30 % und 50 % der getauften Katholiken zu gewinnen. Jedoch wurden die übrigen stark angesprochen, die Schwankenden sicher gefestigt. Es wurde festgestellt, daß die gewöhnlichen Predigten der Seelsorger „sich zu wenig mit den grundlegenden Themen befaßt haben und daß wir zu sehr ein Opfer der sogenannten ‚gebildeten‘ Laien geworden sind“.

Frauenwallfahrt zur Frauenfriedenskirche Auch im vergangenen Jahr, und zwar am 23. September, fand wieder eine große Frauenwallfahrt zur Frauenfriedenskirche in Frankfurt a. Main statt, die einen starken Ausdruck der Friedenssehnsucht der Frauen, ihres Willens, für den Frieden zu wirken, und ihres Glaubens an die Kraft des Gebets als stärkstes Mittel, wahrhaft dem Frieden zu dienen, darstellte. Die Wallfahrt war auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft der katholischen deutschen Frauen zustande gekommen, und Tausende von Frauen aus allen Gegenden Deutschlands nahmen daran teil. Ihrer aller Anliegen war das Gebet um den Frieden der Welt und um die Heimkehr der Gefangenen.

Die katholischen Frauen des Auslands hatten Frau Hilde Verena Borsinger, Basel, als Sprecherin entsandt, die den deutschen Frauen ihre Verbundenheit in diesem dringendsten Anliegen unsrer Tage aussprechen sollte. Frau Borsinger wies in ihrer Ansprache darauf hin, daß die tiefste Ursache der Friedlosigkeit der Welt in deren Verfallenheit an die „sieben Todsünden“ liege, deren man nur Herr werden könnte durch die Gaben des Heiligen Geistes: Liebe, Friede, Freude, Geduld, Milde, Güte, Treue, Sanftmut, Enthaltbarkeit. Nach ihr appellierte Frau Dr. Helene Weber an das Gewissen aller Frauen zur Mitverantwortung an der Friedensarbeit durch Reinigung des eigenen Herzens, Frieden in der Familie, gegenseitige Hilfsbereitschaft, Verzicht auf Rache. Vom Staat forderte sie für das Volk volle Glaubensfreiheit, die Wahrung des Elternrechts, Freiheit für die Kirche. Sie beschwor die Siegerstaaten, die Gefangenen endlich herauszugeben, und schloß mit einem Bekenntnis zur europäischen Gemeinschaft.

Bischof Dr. Albert Stohr von Mainz feierte mit den Teilnehmerinnen der Friedenswallfahrt das Meßopfer.

Christliche Gewerkschaftsfraktion in Österreich

Anlässlich der Tagung des „Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften“ in Wien (21. bis 23. November) trat die neugegründete Fraktion „Christlicher Gewerkschaftler“ erstmalig vor die Öffentlichkeit. Minister a. D. Altenburger, der Initiator der neuen Fraktion, legte ihre Ziele dar. Die christlichen Arbeiter und Angestellten bejahen die Einheit des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, die sich in vielfachen Proben während der vergangenen Jahre bewährt hat. Sie halten aber innerhalb des Gewerkschaftsbundes eine Fraktionsbildung für notwendig, da es kaum eine soziale, kulturelle und politische Frage gibt, die nicht irgendeinen Zusammenhang mit der Weltanschauung hätte. Minister Altenburger erklärte, daß es sich bei der neuen Gründung um eine Weltanschauungsgemeinschaft handelt, die parteipolitisch unabhängig ist. Die Forderungen der christlichen Gewerkschaften sind: Familienausgleichskassen, Sicherung der menschlichen Person gegen die Übermacht des Kollektivs, Mitbestimmung, Miteigentum und Gewinnbeteiligung in den Betrieben, Schaffung persönlichen Eigentums in Form von Eigenheim und Stockwerkseigentum.

Die neue Gründung wirft schwere Probleme auf. Minister Altenburger ist Mandatar der ÖVP und Vorsitzender der ÖAAB-Fraktion (Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund, der einen der drei Bünde der ÖVP bildet) im Gewerkschaftsbund. Sein Mitarbeiter, Ignaz Köck, ist Sekretär dieser Fraktion. Es wurde bisher noch nichts darüber verlautet, ob Minister Altenburger sein Mandat niederlegen will und ob sich die neue Fraktion im zunehmendem Maße auf Personen stützen will, die nicht von der ÖVP kommen. Denn die entscheidende Frage ist ja, ob die proklamierte parteipolitische Unabhängigkeit auch eine tatsächliche wird. Es könnte sein, daß trotz der ehrlichen Absicht Altenburgers die Macht der Tatsachen infolge der vielfachen Verkettungen mit der ÖVP stärker ist und die Fraktion als eine im Grunde parteipolitische Angelegenheit mit christlichem Aushängeschild angesehen wird. Wenn nun die Kirche auf Grund der Erklärung parteipolitischer Unabhängigkeit die Sache der christlichen Gewerkschafter zu ihrer eigenen macht — handelt es sich doch um eines der wichtigsten seelsorglichen Anliegen unserer Zeit —, dann würde sie im Falle der Fortdauer der parteipolitischen Abhängigkeit wieder in eine verhängnisvolle Verbindung mit der Parteipolitik gebracht werden. Andererseits bestehen auch ernst zu nehmende Chancen für eine Gewerkschaftsarbeit auf christlicher Basis. Von den rund 1 300 000 Mitgliedern des Gewerkschaftsbundes stehen 50 % entschieden im sozialistischen Lager. 10 % sind Mitglieder des ÖAAB. Von den restlichen 40 % kann die Hälfte als irgendwie christlich orientiert oder doch als christlich ansprechbar gelten. Die christliche Haltung dieser Menschen ist vielfach sehr geschwächt und durch Enttäuschungen verschüttet; sie könnte aber, wie man hofft, durch ein klares christliches Sozialprogramm, eine vertrauensgewinnende sozialpolitische Aktivität, durch geeignete Bildungsarbeit und Seelsorge wieder belebt werden. Dieselben Menschen, die gegenüber den Parteien, ihrer Struktur und Tätigkeit, ein tiefes Mißtrauen haben, setzen im Grunde ihres Herzens immer noch Hoffnungen auf das Ernstnehmen christlicher Werte und Forderungen. Zusammen mit den 10 % Mitgliedern des ÖAAB sind also gut 350 000 Menschen im Österreichischen Gewerkschaftsbund, die für die neue Fraktion in

Betracht kommen. Es ist durchaus möglich, daß von dieser Gründung eine Entwicklung von größter Tragweite ihren Ausgang nimmt.

Aus Süd- und Westeuropa

Der Papst an den neuen Botschafter Spaniens *Am 13. November hat der Heilige Vater den neuen außerordentlichen Botschafter und Bevollmächtigten Spaniens beim Heiligen Stuhl, Prof. D. Fernando Maria Castiella y Maiz in Sonderaudienz empfangen. In den Begrüßungsworten, die Pius XII. an ihn richtete, wies er auf „die charakteristische Tragik unserer Tage“ hin, „die in dem Widerspruch zwischen den Rechtsprinzipien, welche als ersehntes Ziel das friedliche Zusammenleben der Völker proklamieren, und der politischen Wirklichkeit besteht, die den Weg zu versperren, das Ziel in immer weitere Ferne zu rücken, ja sogar die Gefahr, es nie zu erreichen, heraufzubeschwören scheint.“ Dann fuhr er fort:*

„Wer wäre nicht entschlossen, eine so ungeheure Diskrepanz zu bekämpfen und innerhalb seines Betätigungskreises zu überwinden? Wer gesellte sich nicht zu den aufrichtigen Vorkämpfern des Friedens, da ja zur Widerlegung des pazifistischen Geredes der anderen schon ihre Taten gegen den Frieden ausreichen? Und wer fände sich nicht bereit, die moralische Überlegenheit des Problems des Friedens in all seinen Aspekten anzuerkennen? Wer wendete den Blick davon ab, daß er die erste Aufgabe der Menschheit ist? Wer ignorierte bewußt eine dringliche Pflicht, die sich mit dem gleichen Gewicht allen und jedem einzelnen Menschen in gleicher Weise auferlegt wie den Völkern? Wer schloße die Augen, nicht nur vor dem Licht eines besonderen Problems der menschlichen Gesellschaft, sondern vor dem Glanz einer Wesensfunktion des christlichen Glaubens in der Bildung einer vom Geiste Jesu Christi durchdrungenen Gemeinschaft?

Schon allzuvielen Jahre schwankt die Menschheit und die Christenheit die schwindelnde Linie entlang, die die Sehnsucht nach Frieden von der Furcht vor dem Kriege trennt; der Angst vor einem Kriege, der, wenn er auch nicht unmittelbar bevorsteht, doch durch einen nur zu begreiflichen seelischen Reflex alle, Regierende und Regierte, zum Rüstungswettlauf treibt, was wirtschaftliche und soziale Folgen hat, die jeden klarblickenden Geist in Schrecken versetzen müssen.

Niemand betrachtet dieses unheilvolle Schauspiel mit schmerzlicherer und bekümmertener Sorge als der gemeinsame Vater der Christenheit. Niemand sieht mehr als er mit Entsetzen das unsagbare Leid und Unheil, die schrecklichen materiellen und sittlichen Katastrophen, die über die Menschheit hereinbrächen, wenn sich nicht schleunigst der Abgrund gegenseitigen Mißtrauens und begründeter wechselseitiger Furcht schließen läßt, der sich zwischen den Völkern und Völkergruppen auf tut.

Alle wissen leider, durch bittere Erfahrung belehrt, daß in der rauhen Wirklichkeit der gegenwärtigen Stunde auch die aufrichtigste Friedensliebe nicht auf strengste Wachsamkeit gegenüber der Gefahr ungerechter Aggressionen verzichten kann.

Doch über dem allem gibt es eine Gesinnung, die alle

erfüllen muß, die sich als Glieder der Gemeinschaft der christlichen Völker der Staaten, die auf einer sittlichen Grundlage leben, betrachten, nämlich die: das Menschenmögliche zu tun, um den Abgrund zu schließen, der ins lebendige Fleisch der Menschheit selbst eingegraben ist. Und wenn man auch für den Augenblick nicht zu entscheidenden Lösungen kommen kann, wird es nötig sein, wenigstens alle aufrichtigen Teillösungen zu fördern, auch wenn sie nur stufenweise weiterführen, und danach mit Geduld und Eifer zu hoffen, daß der Morgen besserer Tage anbreche, an dem die öffentliche und die Weltmeinung inmitten einer ruhigeren und lichtereren Atmosphäre sich für eine gegenseitige Verständigung eher bereit findet.“

England zur Papstrede über Mutter und Kind Die Rede des Papstes an die italienischen Hebammen vom 29. Okt. 1951 (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg. H. 5, S. 112) hat in keinem Lande der Welt so heftige öffentliche Gegenäußerungen hervorgerufen wie in England. Ehe noch der offizielle Text vorlag, griffen die meisten großen Zeitungen, u. a. The Times, Manchester Guardian, Daily Express, Daily Herald und News Chronicle die Stelle aus der Rede auf, an der der Heilige Vater erklärte, daß die direkte Tötung eines Kindes im Mutterleibe unter keinen Umständen sittlich erlaubt ist, selbst dann nicht, wenn man dadurch das Leben der Mutter retten will. Sie kritisierten diese Lehre zum Teil heftig. Eine Zeitung schrieb: „Diese Ansicht ist für Millionen nicht-katholischer Ehemänner schlechterdings erschreckend. Sie schneidet mitten durch natürliche menschliche Instinkte und ist eine vollständige Abkehr von der traditionellen Auffassung. In Großbritannien und anderen protestantischen Ländern wird dadurch eine Angelegenheit von schwerwiegendem öffentlichem Interesse berührt; denn der Ausspruch des Papstes trifft protestantische Eltern in fast dem gleichen Ausmaß. In den Entbindungsheimen und Krankenhäusern unseres Landes sind viele katholische Gynäkologen, Hebammen und Schwestern tätig, die, wie andere Christen auch, für ihren Beruf nicht nur eine hohe Ausbildung, sondern auch ihre christliche Pflichtauffassung mitbringen. Ihre Konfession war bisher ihre persönliche Sache. Nunmehr aber wird es aus Gründen der Gerechtigkeit gegen alle nicht-katholischen Eltern wesentlich, daß ihre religiöse Einstellung bekannt wird. Geschieht das nicht, dann könnte ein protestantischer Ehemann zu spät darauf kommen, daß die Entscheidung über Leben und Tod seiner Frau in den Händen von jemandem lag, der einem Grundsatz huldigte, den er selbst verabscheut.“ Mit solchen Hinweisen war das Stichwort zur Aufregung des Publikums gefallen.

Die anglikanische Kirche

Die anglikanische Kirche stimmte in die Kritik der Papstrede ein. In der St.-Pauls-Kathedrale in London erklärte der Dekan Dr. W. R. Matthews: „Die Lehre des Papstes dürfte wohl von den meisten normalen Menschen als unmenschlich betrachtet werden. Es scheint mir, daß der Tod der Mutter den Verlust einer wertvolleren Persönlichkeit bedeutet und mit Sicherheit Schmerz und Elend verursacht. Andererseits weiß niemand, ob das Kind am Leben bleibt. Die eine Möglichkeit ist gewiß, die andere problematisch.“ Das Blatt der Kirche von

England nannte die Feststellungen des Papstes „unmenschlich, gefühllos und grausam“.

Folgen für das ärztliche Personal

Die Wirkungen dieser publizistischen Kritik, in die auch der Rundfunk einstimmte, zeigten sich in einer Reihe von Fällen bei den Gesundheitsbehörden. In Bristol wurde der Antrag gestellt, die katholischen Schwestern und Hebammen offiziell nach ihrer Einstellung zu befragen. In Nottingham wurde der Leiter des Gesundheitsamtes befragt, ob die Möglichkeit bestehe, daß die Chirurgen von Krankenhäusern diese Anordnung befolgen könnten. Der Leiter des Amtes in Swansea hat die Chirurgen seines Bezirkes bereits um Stellungnahme darüber ersucht, ob sie das Leben des Kindes dem der Mutter vorziehen werden. Sogar im Unterhaus wurde von einem freikirchlichen Geistlichen des linken Flügels der Labourpartei angefragt, ob das Gesundheitsgesetz den Müttern die Freiheit gewähre, unter solchen Umständen den Arzt zu wechseln, eine Anfrage, die bejahend beantwortet wurde. „The Tablet“ rechnet in einem Aufsatz (17. 11. 1951, S. 354) mit der Möglichkeit, daß sich unter diesen Umständen der sehr erhebliche Prozentsatz katholischer Schwestern und Hebammen vielleicht in Zukunft überhaupt oder doch zu Gunsten anderer Zweige der Krankenpflege verändern könnte.

Der Eid des Hippokrates

Auch in ärztlichen Kreisen hat die Rede zu Diskussionen geführt. In der letzten Novemberwoche diskutierten die Mitglieder des General Medical Council in London über eine Umformulierung des Hippokrates-Eides, die bereits 1948 auf der Generalversammlung der Weltgesundheitsorganisation in Genf beschlossen, aber in England bisher nicht üblich war. Es handelt sich darum, daß der frühere Satz: „Ich will keine Frau bei der Abtreibung unterstützen“ ersetzt wird durch die Formulierung: „Ich will vor dem menschlichen Leben vom Zeitpunkt der Empfängnis an den größten Respekt haben. Selbst unter Gefahr will ich mein medizinisches Wissen nicht im Gegensatz zu den Gesetzen der Menschlichkeit gebrauchen“, eine sehr viel unbestimmtere Ausdrucksweise.

Stellungnahme der katholischen Ärzte

Die katholischen Ärzte Englands haben durch die Lukas-Gilde folgende Stellungnahme veröffentlicht:

„1. Der katholische Arzt, der jedes Leben, und das der Mutter wie des Kindes in gleicher Weise, achtet, ist größeren Vertrauens würdig als ein Arzt, der bereit ist, das Kind durch Vornahme eines Abortus zu töten.

2. Mit dem Fortschritt der modernen Medizin kommt ein Fall, bei dem die Mutter geopfert werden müßte, um das Kind zu retten, sehr selten vor.

3. Die Ansprache des Papstes war in der Hauptsache gegen den Mißbrauch der medizinischen Indikation für die Schwangerschaftsunterbrechung gerichtet. Dieses hat einen solchen Grad erreicht, daß ein Psychiater nur zu erklären braucht, daß es in einem Einzelfall ein seelisches Trauma verursachen würde, ein Kind zu haben, damit ein Abortus gerechtfertigt ist.

4. Der Eid des Hippokrates ebenso wie das fünfte Gebot verbietet den Mord an ungeborenen Kinde.

5. Die Äußerung des Papstes bringt nichts Neues, und jede Minderung des Vertrauens zu katholischen Ärzten

und Schwestern, die in der Vergangenheit mit Geschick und Pflichtbewußtsein ihre Aufgabe erfüllt haben, ist unbegründet.

6. Die augenblickliche Aufregung kommt zu einem Teil aus Unwissenheit, zum andern von Feinden der Katholiken, die sich freuen, einen Anlaß gefunden zu haben, dem guten Namen der katholischen Ärzte und Schwestern Abbruch zu tun.

7. Die Krankenhäuser dieses Landes haben eine große Dankeschuld gegenüber den katholischen Schwestern, von denen viele aus Irland stammen und ohne deren Hilfe der Nationale Gesundheitsdienst schwerlich bestehen könnte.“

In einem ausgezeichneten Aufsatz im „Catholic Herald“ (16. November 1951) setzt sich der Sekretär der Lukas-Gilde vom Standpunkt ärztlicher Ethik mit den Einwänden und zum Teil recht böswilligen Angriffen gegen die Berufsauffassung der katholischen Ärzte auseinander. Er wägt die Haltung eines Arztes, der unter allen Umständen zwei Leben retten will und muß, gegen die Haltung eines andern ab, der schnell bei der Hand ist, eine Schwangerschaftsunterbrechung vorzunehmen, und fragt, ob denn die Ärzte Diener des Lebens oder Diener des Todes sind. Man möge doch nicht mit chirurgischen Begriffen aus den Zeiten Nelsons die Rede des Papstes zu den Sachverständigen des zwanzigsten Jahrhunderts kommentieren. Es sei eine bedenkliche Begriffsverwirrung eingetreten, wenn sogar Prälaten der Kirche von England vor dem Leben der Ungeborenen keinen unbedingten Respekt mehr an den Tag legen.

Der Zweck heiligt die Mittel

Andere katholische Stimmen haben in der Abwehr auch darauf hingewiesen, daß so mancher, der sich entzündet hat, daß in der katholischen Kirche angeblich der gute Zweck die schlechten Mittel heiligt, nun ganz unbedenklich nach diesem unmoralischen Grundsatz argumentiert, ohne es vielleicht überhaupt zu bemerken. Die Kontroverse in England, die noch nicht beendet ist, hat jedenfalls bewiesen, daß auch die sogenannten ethischen Gründe, die gegen die Lehre der katholischen Kirche ins Feld geführt wurden, meist aus einem begrifflich wenig geklärten Gefühl der Menschlichkeit kamen, das sehr stark mit einem andern Gefühl, nämlich dem der Abneigung gegen die kompromißlose Haltung der katholischen Kirche in sittlichen Fragen, untermischt war.

Sozialistische Erwägungen über ein Konkordat

Gemäß einer Meldung von „Le Monde“ (13. 11. 1951) haben Abgeordnete der Sozialistischen Partei in der französischen Kammer einen Gesetzesentwurf eingebracht, der „zum Ziel hat, die republikanische Gesetzmäßigkeit in Sachen der religiösen Kongregationen und des öffentlichen Gottesdienstes wiederherzustellen“. Sie fordern damit die Wiederherstellung des Zustandes, der unter dem Namen ‚wohlwollende Toleranz der Verwaltungspraxis‘ vom Beginn des Krieges von 1914 bis zum Jahre 1940 die buchstäbliche Anwendung des Gesetzes vom 7. Juli 1904 gegen die Ordenstätigkeit, besonders die Ordensschulen, milderte. Die Regierung von Vichy hatte dieses Gesetz am 3. 9. 1940 formell abgeschafft und damit die gesetzliche Freiheit der Orden gewährleistet. Die Sozialisten verlangen jetzt die Anullierung des Gesetzes von Vichy und die Wiederherstellung des vorigen Zu-

standes. Sie betonen allerdings zugleich, daß sie nicht wünschen, „die Gesetzesverletzungen durch die Kongregationen“ zu ahnden. Es soll ihnen nur die gesetzliche Bürgschaft für ihre Schulen genommen werden, schreibt der „Populaire“. Die Sozialisten fassen eine Gesamtlösung der Probleme der Schulen, der Orden und des öffentlichen Gottesdienstes durch ein allgemeines diplomatisches Abkommen mit dem Heiligen Stuhl ins Auge.

Diese Nachricht überrascht, wenn man sich daran erinnert, daß die Laizisten auf das Gesetz zur Unterstützung der Privatschulen (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 6, S. 9) mit äußerster Heftigkeit reagiert haben. Der sozialistische Abgeordnete Lussy erklärte im Parlament, die Sozialisten „würden dem MRP diese Abstimmung nicht vergessen“. Am 9. November inszenierten die Lehrer-, Schüler- und Elternverbände der Staatsschulen sogar einen demonstrativen Proteststreik gegen das neue Gesetz. Und nun verbindet die Sozialistische Partei ihren auf formales Verfassungsrecht gegründeten Antrag, die Ordenschulen neuerdings der Gleichheit vor dem Gesetz zu berauben, mit Erwägungen über eine Art von Konkordat? Man könnte daran denken, daß diese Kombination einen günstigen Ausgangspunkt für Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl schaffen soll, deren Zweck gemäß der alten französischen Konkordatstradition offenbar darin bestehen würde, einem mutmaßlichen *Renouveau catholique*, dessen Gespenst im Zusammenwirken von MRP und Gaullisten in der Schulfrage die Laizisten offenbar sehr beunruhigt hat, beizeiten Zügel anzulegen.

Die katholische Kirche Frankreichs ihrerseits will offensichtlich keine engere Bindung zwischen Staat und Kirche. Kardinal Gerlier von Lyon betonte erst unlängst in einer Rede zur Eröffnung des akademischen Jahres der Universität Lyon, die Kirche dürfe nicht daran, die laisierten Staatsschulen zu bedrohen. Die Forderungen der Bischöfe nach Gleichberechtigung der Privatschulen seien nichts anderes als der Ausdruck ihres Verlangens nach Herstellung der verfassungsmäßigen Freiheit aller und der Gerechtigkeit gegen alle Bürger. Es ging der Kirche auch nicht in erster Linie um die Unterstützungsgelder. Die Katholiken würden ihre Einrichtungen im wesentlichen selbst tragen. Jedoch wehrten sie sich gegen das Unrecht doppelter Besteuerung für Schulzwecke.

Die 19. Tagung des Hauptausschusses des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften in Wien Vom 21. bis 23. November 1951 tagte in Wien der Hauptausschuß des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften. An der Tagung nahmen etwa 60 Delegierte der angeschlossenen Landeszentralen und Fachorganisationen teil. Auch das Internationale Arbeitsamt hatte einen Vertreter gesandt. Die Tagesordnung umfaßte eine Anzahl wichtiger Probleme; vor allem hatte der Hauptausschuß über einen Vorschlag des Weltgewerkschaftsbundes zur Zusammenarbeit zu beschließen. Auch über das Verhältnis zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, der sich bei seinem letzten Kongreß in Mailand (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 528) mit seinem Verhältnis zu den Christlichen Gewerkschaften hatte befassen wollen, fand jedoch diesen Punkt nicht berührt hat, fand eine Aussprache statt. Man befaßte sich auch mit der Frage einer Vertretung im Internationalen Arbeitsamt, da der ein-

zige Vertreter der Christlichen Gewerkschaften, der bisher im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes saß, aus diesem ausgeschlossen worden ist. Der Hauptausschuß des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften stellte fest, daß das Internationale Arbeitsamt hierfür nicht verantwortlich zu machen ist, daß aber doch Maßnahmen getroffen werden müßten, der christlichen Minderheit wieder eine zweckmäßige Vertretung in dieser internationalen Organisation zu sichern.

Der Kongreß befaßte sich dann noch mit einer Anzahl mehr praktischer Fragen, vor allem der der Vertretung in den verschiedenen Organen wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern, der seiner Stellung zum Europa-Rat, sowie mit Fragen der Wahrung des Friedens und der gerechten Verteilung der Lasten der Rüstungsmaßnahmen.

Auch die Verhältnisse des Landes, in dem die diesjährige Tagung des Hauptausschusses stattfand, Österreich, konnten nicht unbeachtet bleiben. So wurden zwei Entschlüsse angenommen, die Österreich betrafen. Die eine soll bei den Großmächten sowie bei den Vereinten Nationen eine baldige Wiederherstellung der vollen Souveränität Österreichs in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht befürworten, die andere interveniert für die Freilassung der noch zurückgehaltenen österreichischen Kriegs- und Zivilgefangenen. (Über die Kundgebung der österreichischen Fraktion christlicher Gewerkschaftler vgl. dieses Heft, S. 149.)

Die Tagung stand zudem im Zeichen der zunehmenden Ausbreitung des Weltbundes der Christlichen Gewerkschaften in der ganzen Welt. Sechs Organisationen aus südamerikanischen Ländern, eine asiatische (Vietnam) und zwei von geflüchteten Arbeitern aus Polen und der Ukraine sind neu in den Bund aufgenommen worden. Außerdem sind auch zwei deutsche Angestelltenorganisationen an die Christliche Angestellteninternationale angeschlossen worden, so daß auf diesem Wege auch Deutschland wieder dem Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften angehört.

Der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften und die anderen Gewerkschaftsinternationalen

Die wichtigsten Ergebnisse der Tagung waren die Entschlüsse gegenüber dem Weltgewerkschaftsbund und gegenüber dem Weltbund Freier Gewerkschaften.

In seiner Entschluß gegenüber dem Weltgewerkschaftsbund sagt der Hauptausschuß des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften, „daß auf seiner 16. Tagung am 4. und 5. April 1949 in Brüssel beschlossen wurde, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung unter Wahrung ihrer berechtigten Selbständigkeit, ihres Geistes und ihrer eigenen Methoden immer zur Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaftsorganisationen bereit ist, die hinsichtlich der Freiheit und Loyalität eine sichere Gewähr bieten. Er bestätigt den vom Vorstand des IBCG in seinem an den Weltgewerkschaftsbund gerichteten Schreiben vom 8. Aug. 1951 festgelegten Standpunkt. Der Hauptausschuß weist darauf hin, daß ein namhafter Teil der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen zu Ländern gehört, in denen die wesentlichen Freiheiten nicht mehr bestehen und wo es deshalb keine vom Staate und den Arbeitgebern unabhängigen Gewerkschaften gibt. Er ist deshalb der Auffassung, daß das gegenseitige Vertrauen sowie die für eine Zusammenarbeit, wie sie der Weltgewerkschaftsbund vorschlägt,

unerlässlichen Vorbedingungen offensichtlich fehlen...“ Die Entschließung betreffs des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften betrifft zunächst die Aufforderung dieses Bundes an die christlichen Gewerkschaften, ihm beizutreten, unter der Bedingung allerdings, daß sie damit ihre Zugehörigkeit zum Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften aufgeben müssen auf Grund des Prinzips der Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zu zwei parallelen Organisationen. Der Hauptausschuß des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften stellt hierzu „mit Genugtuung fest, daß nicht nur keine der angeschlossenen Landeszentralen der Aufforderung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, sich vom IBCG zu lösen und dem IBFG beizutreten, Folge geleistet hat, sondern daß sogar Neuanschlüsse sowohl in Asien wie in Lateinamerika zu verzeichnen sind und daß sich die christlichen Gewerkschaften in Afrika in voller Entwicklung befinden“.

Der Hauptausschuß ging dann auf die Behandlung der den Weltbund Christlicher Gewerkschaften betreffenden Fragen auf dem Kongreß der Freien Gewerkschaften in Mailand (Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 528) ein. Er stellte fest, daß der Mailänder Kongreß sich tatsächlich nicht zu der Frage der Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaftsorganisationen geäußert hat. Er „bedauert, daß die auf seiner 17. Tagung am 21. April 1950 in Brüssel angenommene Entschließung, in der er sich bereit erklärte, mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften ‚die Form einer Zusammenarbeit auf internationalem Gebiete zu prüfen‘, bisher zu keinerlei Stellungnahme geführt hat“.

Die Arbeit des Klosters San Benedetto in Cureglia für die Wiedervereinigung mit der Ostkirche

Alljährlich vom 18. bis 25. Januar findet in der ganzen Welt die Gebetsoktav für die Wiedervereinigung der Kirchen statt. Nicht nur die katholische, auch die getrennten Kirchen beten in dieser Woche um die Wiedervereinigung. Wir haben in der Herder-Korrespondenz immer wieder über die Intentionen und Veranstaltungen dieser Woche berichtet, die in Deutschland immer noch nicht mit so allgemeiner Teilnahme gefeiert wird wie in fast allen anderen Ländern der Christenheit (vgl. insbesondere Herder-Korrespondenz Jhg. 3 S. 257 f.).

Das Anliegen der Wiedervereinigung hat allerlei Bewegungen und Institutionen innerhalb der katholischen Kirche ins Leben gerufen, die auf verschiedene Weise den verschiedenen einzelnen Bereichen der großen Aufgabe dienen. Naturgemäß spielen in Deutschland vor allem die Probleme der Wiederbegegnung und Wiedervereinigung mit den protestantischen Brüdern die erste Rolle. In der Gesamtheit der Christenheit ist aber Gebet und Arbeit für die Wiedervereinigung mit den anderen getrennten Brüdern, zumal mit der östlichen Christenheit von ebenso großer Bedeutung. Papst Pius XI. hat das Anliegen der Wiedervereinigung mit der Ostkirche in besonderer Weise dem Benediktinerorden übergeben. Wir haben in der Herder-Korrespondenz Jhg. 3, S. 159 ff. über die Geschichte der Arbeit des Benediktinerordens in diesem Auftrag ausführlich berichtet. Ihr wichtigstes Zentrum ist seit nunmehr 25 Jahren das belgische Priorat Chevetogne (früher Amay-sur-Meuse).

Weniger bekannt ist, daß Pius XI. von Anfang an auch eine parallele Arbeit des benediktinischen Frauenordens gewünscht hat. Als die Abtei Amay im Jahre 1925 ge-

gründet wurde, sollte sofort gleichzeitig auch ein weiblicher Zweig der Arbeit für die Ostkirche eingerichtet werden. Doch fanden sich damals nicht die geeigneten Persönlichkeiten, und das Projekt zerbrach. Auch im männlichen Benediktinerorden hat ja die Geschichte der Unionsarbeit in den vergangenen 25 Jahren gezeigt, wie groß die Schwierigkeiten sind: Pius XI. hatte den Orden aufgefordert, in jeder Ordensprovinz ein Haus besonders mit dieser Arbeit zu betrauen; aber das ist über Ansätze nie hinausgekommen. Ein von der Aufgabe selber durch und durch erfüllter Ordensmann, Dom Lambert Beaudouin, hat dann seinerseits den anderen Weg eingeschlagen: eine neue Gründung, eben Amay, ausschließlich für diese Aufgabe ins Leben zu rufen, und das hat sich als der richtige Weg erwiesen.

Der Arbeit des weiblichen Ordenszweiges für die Ostkirche blieben jedoch einige Frauen im Kloster und eine kleine Gruppe in der Schweiz immer im Herzen zugewandt. Und trotzdem der Krieg ihnen einen unersetzlichen Verlust brachte, zeigte es sich, daß jetzt, nach dem Krieg, endlich die Zeit gekommen war, ein Kloster zu gründen mit der ausschließlichen Aufgabe, für die Wiedervereinigung mit der Ostkirche zu beten, zu arbeiten und zu leben. Von dem belgischen Benediktinerinnenkloster Ermeton ausgehend, hat sich ein erster Kern dieser Gemeinschaft vor zweieinhalb Jahren — wir haben darauf schon in der Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 294 hingewiesen — in Cureglia bei Lugano in der Schweiz im Byzantinischen Studienhaus niedergelassen.

Die Frauengemeinschaft ist eine Parallelgründung zum Priorat Chevetogne in Belgien, aber sie will sich doch ausdrücklich in bestimmten Punkten von deren Charakter unterscheiden. Obwohl ein tiefes Eindringen in den Geist der Ostkirche für ihre Lebensaufgabe nötig ist und dies vielfältige Studien — der östlichen Kirchengeschichte, der griechischen und russischen Liturgie, des slawischen Kirchengesangs, der Ikonenmalerei usw. — verlangt, ist es ihr besonderes Anliegen, sich vor jeder Intellektualisierung zu hüten, keine Gelehrten-gemeinschaft zu werden, welcher Gefahr sie als Frauen vielleicht leichter entgehen als die Mönche von Chevetogne.

Die Grundprinzipien, auf die sich diese Benediktinerinnengemeinschaft östlicher Richtung aufbaut, erscheinen sowohl für die östliche wie für die westliche Welt sehr beachtenswert. Drei Züge charakterisieren sie: 1. die volle und ganze Befolgung der Regel des hl. Benedikt; 2. die ausschließliche Verwendung des byzantinischen Ritus; 3. das Gemeinschaftserlebnis (wenn man es einmal so nennen soll), das sowohl der Klostersgemeinschaft eine andere Bedeutung gegenüber dem einzelnen Ordensmitglied gibt als in den lateinischen Klöstern, als auch ihr Mitleben in den Leiden der Menschheit zum Merkmal ihres Ideals macht. Die Ordensmitglieder behalten eine nahe Verbindung zu ihren Angehörigen in der Welt und wollen deren Sorgen kennen, um sie mit ihnen tragen zu können.

Das Haus untersteht orientalischer Jurisdiktion, d. h. dem Leiter der orientalischen Kongregation in Rom, Kardinal Tisserant. Das bedeutet z. B. auch, daß die Bestimmungen der Konstitution „Sponsa Christi“ für die weiblichen Orden (vgl. Herder-Korrespondenz Jhg. 5, S. 253 ff.), die die lateinischen Orden betreffen, für es nicht gelten.

Die byzantinische Jurisdiktion hat eine von der Wurzel her andere Auffassung sowohl von der Klausur wie vom

Chorgebet. Die Klausur ist kein Gesetz, sondern eine Tugend, d. h. sie kann um eines höheren Liebesgebotes willen aufgegeben werden. Ebenso ist es mit dem Chorgebet. Das Ordensmitglied, das aus gewichtigen Gründen dem Chorgebet fern bleibt, begeht nicht nur keine Sünde, sondern braucht es auch nicht nachzuholen und privat zu beten: das Chorgebet ist der Dienst der Gemeinschaft, nicht des Einzelnen. Die Gemeinschaft bringt das Gotteslob dar.

Ein entscheidender Unterschied zwischen einem Kloster orientalischer und einem solchen lateinischer Observanz besteht auch darin, daß es nach östlicher Regel keine Konversen gibt. Das östliche Ordenswesen hat die Feudalisierung des Ordens im Abendland nicht mitgemacht. So wird heute jede Postulantin, die zu den Gelübden für das neue Kloster nach östlichem Ritus zugelassen wird, volles Mitglied der Gemeinschaft, ob sie sich nun gelehrten Studien zuwendet oder geeigneter für Küchen- oder Gartenarbeit ist. Kein Zugehöriger zum Haus ist von der Liturgie ausgeschlossen.

Der Heilige Vater hat dem Kloster Cureglia die besondere Aufgabe erteilt, für das unglückliche Rußland zu beten. Tatsächlich erscheint die Aufgabe und Wirkmöglichkeit einer solchen Gründung groß und vielseitig. Es ist noch ein fernes Ziel für sie, so anzuwachsen, daß Tochtergründungen in östlichen Ländern vorgenommen werden können; erst recht müßte sich in der Weltlage noch vieles ändern, ehe christliche Ordensfrauen aus dem Abendland zur Remissionierung in den Osten geschickt werden könnten. Aber das ist eine der großen Aufgaben, die die römische Kirche für eine noch ungewisse Zukunft vor sich sieht und der sie mit diesen ersten Gründungen vorarbeitet. Diese Gründungen werden dann den Geist jener Länder verstehen, die Sprachen beherrschen und die Liturgie in ihrer Art feiern. Die in Kirchenslawisch gesungene „Liturgie“, die in Cureglia anstelle der abendländischen „Messe“ gefeiert wird, unterscheidet sich in nichts von der Liturgie der russisch-orthodoxen Kirche als einzig darin, daß in den litaneiartigen „Kollekten“, die sich in den Gottesdiensten immer wiederholen, stets für den Papst gebetet wird; sogar das Credo der Liturgie des heiligen Chrysostomus, in dem der Heilige Geist nur vom Vater, nicht vom Vater und vom Sohne ausgeht, hat auf besonderen Erlaß Papst Pius' XI. nicht geändert werden müssen, da, wie der Papst dazu schrieb, beide Formeln ohne genauen Kommentar mißverständlich seien. Gegenüber dem östlichen Mönchtum, wie es sich vielleicht in den unierten Kirchen erhält, werden diese Gründungen die größere Dynamik und Weltoffenheit des abendländischen Geistes mitbringen. Denn die östlichen Orden verfallen leicht einer radikalen Weltflucht und Passivität.

Doch inzwischen haben Klöster wie das in Cureglia zweifellos auch ihre wichtige Mission gegenüber diesem abendländischen Geist selber, dem sie den östlichen Geist nahebringen. Innerhalb des Benediktinerordens stellen sie eine Form dar, in der die ganzen aristokratischen Zutaten der mittelalterlichen Entwicklung wieder abgefallen sind. Und sie bringen in Berührung mit einer — uralten — Form des Gottesdienstes, in dem, wie man es vielleicht ausdrücken kann, das pneumatische Element eine viel größere Rolle spielt als in der lateinischen Liturgie. Besonders eindrucksvoll ist für den Abendländer der unaufhörliche, bis zu vielen Hunderten von Malen (an gewissen Festen) wiederholte Ruf nach Gottes Erbarmen.

Rom hat in den letzten 50 Jahren einen ungeheuren Schritt den orientalischen Kirchen entgegengetan. Vor 50 Jahren betete man noch, es möge einmal dazu kommen, daß der ganze Erdkreis in lateinischer Sprache Gott verherrliche. Heute ist es nach Erlaß von Papst Leo XIII. den lateinischen Priestern unter Strafe der *suspensio a divinis* verboten, einem Unierten auch nur nahezulegen, seinen Ritus zu verlassen. Die Bedeutung östlicher Riten innerhalb der katholischen Kirche als Brücke zu den getrennten Brüdern im Osten ist zu deutlich bewußt geworden. In Cureglia kommt man orthodoxen Christen mit der größten Herzlichkeit entgegen und läßt sie brüderlich teilhaben an der Feier der heiligen Liturgie und des Stundengebetes.

Aus Ost- und Südosteuropa

Freilassung des Msgr. Aloys Stepinac, Erzbischof von Erzbischofs Stepinac Agram, war der erste Oberhirte, an dem nach dem Krieg ein kommunistisches Gerichtsverfahren vorgeführt wurde. Er ist nun am 5. Dezember 1951 nach fünfjähriger Gefängnishaft entlassen worden mit der Auflage, im Pfarrhaus von Krasic, einem Dorf in der Umgebung von Agram, Wohnung zu nehmen und sich bischöflicher Funktionen zu enthalten.

Die Entlassung ist keine Rehabilitierung, sondern eine Amnestie, und zwar eine politische. Daß sie zum Politicum ersten Ranges wurde, ist der öffentlichen Meinung in Amerika zu verdanken. Die Katholiken in den Vereinigten Staaten haben für den unschuldig verurteilten Erzbischof seit fünf Jahren einen beispiellosen Propagandafeldzug geführt. Sie haben zunächst alles getan, daß er nicht vergessen wurde. Zu seinem Gedächtnis steht heute zum Beispiel in New York eine katholische „Million-Dollar“-Schule. Sie haben unzählige Male in ihrer Presse von Stepinac gesprochen und unablässig ihren Abgeordneten zugesetzt. Die Folge dieser Publizität bestand darin, daß kein Amerikaner, Journalist, Tourist oder Parlamentarier nach Belgrad kam, ohne sich dort nach Stepinac zu erkundigen, und wiederholt mußte die Regierung Amerikanern den Besuch des gefangenen Bischofs gestatten. Berichte darüber fanden in der amerikanischen Presse aller Richtungen stets die größte Aufmachung. Dank den Bemühungen der amerikanischen Katholiken wurde Stepinac zu einem Symbol für die Aufgabe, im Interesse der feierlich proklamierten Menschenrechte schließlich nun doch auch etwas zu tun, sobald es möglich wurde. Die amerikanische Regierung hat Tito zwar einige hundert Millionen Dollar vorgestreckt, ohne diesen Fall als Bedingung zu stellen. Aber die jugoslawische Gesandtschaft in Washington muß ihn wohl doch dahin informiert haben, daß eine Konzession von seiner Seite auf die Dauer nicht zu umgehen sein würde. Die Konzession ist spärlich genug.

Tito hat schon öfters in der Angelegenheit des Erzbischofs nach einem Weg gesucht, ohne Prestigeverlust zu einer Vereinbarung zu kommen. Aber der Heilige Stuhl bestand und besteht auch heute auf der vollständigen Rehabilitierung des Bischofs. Der „Osservatore Romano“ hat das in seinem Leitartikel vom 8. Dezember 1951 erneut zum Ausdruck gebracht. Er hat insbesondere richtiggestellt, daß Belgrad in seinem Communiqué sehr irrtümlich vom „ehemaligen“ Erzbischof von Agram gesprochen hat. Auch die amerikanischen Katholiken den-

ken nicht daran, ihren Kampf für das Recht nun als beendet anzusehen. Dieser Kampf war übrigens zwar in der Person von Msgr. Stepinac symbolisiert, aber er hat die ganze Freiheit der Kirche in Jugoslawien zum Ziel. Noch sitzt der Bischof Cule von Mostar mit etwa 200 Priestern in den Gefängnissen. Und es gibt eine Fülle von Einschränkungen der religiösen Freiheit in Jugoslawien, so die Behinderung des Religionsunterrichtes, die Schließung zahlreicher Seminarien, die Schikanen gegen die Orden, die Unterdrückung der kirchlichen Presse. Und der Erzbischof kann jeden Tag von neuem verhaftet werden.

Was die Person von Msgr. Stepinac betrifft, hatte er — auch das ist so ungewöhnlich wie bezeichnend für die Hintergründe — am Tage seiner Freilassung die Möglichkeit, sich gegenüber Journalisten zu äußern. Er gab eine längere Erklärung ab, an deren Spitze die Feststellung stand, daß er nach wie vor der Erzbischof von Zagreb sei, der zwar jederzeit auf Befehl des Heiligen Stuhles, aber niemals auf Befehl der Regierung resignieren werde. Er sagte weiter, daß die wesentlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat mit der ‚leichten‘ Verbesserung seiner Lage keineswegs gelöst seien und daß seine Person überhaupt nur eine nebensächliche Rolle spiele. Was ihn selbst angehe, sei er bereit, den Rest seiner Tage in diesem Pfarrhaus zu verbringen. Er sei froh, daß er seine Pflicht erfüllen könne und seine priesterlichen Funktionen ausüben dürfe. Er betonte, niemand anklagen zu wollen. Der Wortlaut seiner Erklärung an die Journalisten zeigt dieselbe gelassene Unbeugsamkeit, durch die er es fünf Jahre lang der höchsten Autorität der Kirche möglich gemacht hat, über sein persönliches Schicksal hinweg das Recht und die Würde der Kirche zu wahren.

Das neue tschechoslowakische Familienrecht

Das tschechoslowakische Familienrecht, wodurch die Rechtsordnung des Zivilgesetzbuches von 1811 abgelöst wurde, weist starke Ähnlichkeit mit den entsprechenden Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik auf (vgl. Herder-Korrespondenz, 6. Jhg., S. 40).

Grundsätzlich werden die Rechtsbeziehungen der Familie aus dem Bürgerlichen Recht herausgelöst. Die Familie wird eine Rechtsinstitution sui generis und nicht mehr unter dem Gesichtspunkt vorwiegend wirtschaftlicher Vertragsbeziehungen betrachtet. Das neue Familienrecht beseitigt die starre Scheidung von öffentlichem und privatem Recht.

Die Ehe wird als wesentlich freie und ständige Vereinigung von Mann und Frau bezeichnet, denen gleiche Rechte zustehen. Sie haben gemeinsam den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten. Ihr voreheliches Vermögen wird nicht vergemeinschaftet. Dagegen sind die Erwerbungen während der Ehe gemeinsames Eigentum, gleichgültig wer sie gemacht hat. Die häusliche Tätigkeit der Frau wird also als vollwertiger Beitrag anerkannt. In Rechtsgeschäften sind die Ehegatten gegenseitig vertretungsberechtigt. Im Falle der Ehescheidung ist der schuldige Teil, nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse, unterhaltsverpflichtet. Liegt beiderseitige Schuld vor, hat der erwerbsunfähige Teil ebenfalls Unterhaltsanspruch, und zwar bis zu dem gleichen Standard, den der andere Partner hat.

Die elterliche Gewalt wird gemeinsam ausgeübt. Unehe-

liche Kinder stehen den ehelichen auch im Verhältnis zum Vater völlig gleich. Die Zivilehe ist obligatorisch, die kirchliche gestattet.

Aus den Missionen

Die geistige und materielle Not des koreanischen Volkes. Missionsgebetsintention für Januar 1952

Wir hören und lesen verhältnismäßig viel über den Fortgang der Kämpfe und die endlosen Verhandlungen um einen Waffenstillstand in Korea, wenig aber über die Lage des unglücklichen Volkes, das seit 1¹/₂ Jahren absolutes Objekt der Politik und Schlachtopfer der Welt ist. Die Presseberichte, die noch vor einem Jahr die entsetzlichen Bilder der Winterflucht von Millionen bei 20 Grad Kälte vor uns entrollten, sind heute stark versachlicht. Sie reden die Sprache der militärischen Technik und der Verhandlungsdiplomatie, geben uns aber kein Bild von den Leiden der fast 30 Millionen Bewohner eines friedlichen Landes, das nie den Ehrgeiz hatte, Weltpolitik zu treiben, das aber Tag für Tag die Schrecken eines modernen Krieges erlebt, den es nicht wollte, an dem es aktiv teilnehmen muß, den es nicht abschütteln kann.

Höhepunkt von Leid und Not

Die Tragödie des koreanischen Volkes hat in diesem zweiten Kriegswinter einen neuen Höhepunkt von Leid und Not erreicht. Selbst für die Psyche eines asiatischen Volkes wird allgemach unerträglich, was kein Volk der westlichen Hemisphäre auch nur annähernd mit jener stoischen Haltung ertragen hätte, die die Koreaner zeigten. Weit über 4 Millionen Tote, ein Wohnungselend ohnegleichen, Lebensmittelrationen, die zum Leben nicht ausreichen, der Verlust von 50—60% der Kinder durch Verelendung und Krankheiten, eine ständig steigende Verwüstung des Landes, wachsende soziale Zerrüttung und eine fast unheilbar kranke Wirtschaft sind die Bilanz des Krieges. Lange haben die Koreaner zwischen Furcht und Hoffnung geschwankt. Aber allmählich beginnt eine tiefe Resignation das ganze Land zu ergreifen. Die Todesquote, die noch im letzten Winter niedrig gehalten werden konnte, weil das Volk noch von den physischen Kraftreserven der Friedensjahre zehrte, steigt. Gewiß sind die Entbehrungen in der Nordzone größer als im Süden. Aber gerade im Süden, wo bisher noch ein selbständiger politischer Gestaltungswille herrschte, verbreitet sich die politische Passivität. Alle Koreaner im Süden wollen heute leidenschaftlich den Frieden, aber sie glauben, daß dieser Friede gleichbedeutend ist mit einer schließlichen Preisgabe Koreas durch die Vereinten Nationen. Man hält sich unter allen Umständen für verloren.

Zwischen zwei fremden Weltanschauungen

Unter all den Nöten, von denen Korea gepeinigt wird, wird eine gerne vergessen, die weltanschauliche Not. Die westliche technische Zivilisation ist mit ihrem schrecklichsten Ausdruck, der modernsten Kriegsmaschinerie, über dieses alte Kulturland hereingebrochen und martert seine Seele. Weder der russische Kollektivismus noch der westliche liberale Kapitalismus, der hinter der Fassade der ins Land gebrachten Formaldemokratie aufleuchtet, entsprechen den gewachsenen Kulturkräften des Landes. Andererseits fühlen die Koreaner, wie ihr eigenes Geisteserbe von den neuen Lebensformen und dem modernen

Denken zersetzt wird. Mit ungeheurer Aufdringlichkeit ringen zwei fremde Weltanschauungen, die beide dem verhungernenden Volke den Brotkorb hinhalten, um seine Seele. So bewegt sich Korea in einem Labyrinth geistiger Not.

Versagen des Weltgewissens

Die ganze Menschheit hat gegenüber dem leidgeprüften koreanischen Volke eine schwere Verantwortung. Hat Korea doch bisher die Entladung eines Gewitters auf sich gezogen, das die ganze Welt bedroht. Gewiß hat Rußland vor der Geschichte die unmittelbare Verantwortung für diesen Krieg zu tragen. Aber auch die nichtkommunistische Welt trägt Anteil an den unheilvollen Entwicklungen, die zu der heutigen Lage in Korea führten. Im Grunde ist Korea Opfer der geistigen Menschheitskrise. Der Londoner „Catholic Herald“ hat am 20. September 1951 geschrieben: „Es ist eine absolut schlechte Sache, daß das Schicksal des koreanischen Volkes das Pfand, und zwar das vergessene Pfand der streitenden Parteien sein sollte, deren wahre Absicht die Gewinnung von Machtpositionen in einer Welt der Spannungen und Konflikte ist. . . . Daß eine gesittete Welt den Punkt erreicht haben sollte, wo sie diese schreckliche Situation ertragen kann, ist ein Maßstab dafür, wie tief das sittliche Übel eingefressen ist. Man darf auch nicht die Schuld nur der Gegenpartei zuschreiben. Das Böse ist etwas, das alle verdirbt, die unter seinen Einfluß geraten. Und wenn Betrachtungen über Recht und Unrecht die Verbindung mit der Sache verlieren, die sie allein sichern und fördern sollen, nämlich dem Guten, dann können wir sicher sein, daß irgendwo etwas radikal böse geworden ist. . . . In einer Lage wie der gegenwärtigen, die fast symbolisch für den Zustand der Welt zu sein scheint, ist es sicherlich die Pflicht jener, die am lautesten von Rechtlichkeit und Gutsein sprechen, eine frische Initiative auf höchster Ebene zu unternehmen, um das Volk von Korea vor weiterem Todeskampf zu retten. . . . Gewiß besteht keine Garantie dafür, daß die besten Anstrengungen, die wir machen, gelingen. Wir dürfen uns aber nicht weigern, diese Anstrengungen zu machen.“ — Mögen diese Anstrengungen auf politischem Gebiet im Augenblick aussichtslos erscheinen, so darf darum doch nicht das Weltgewissen verstummen. Denn das Weltgewissen ist kein Exponent der Politik, vielmehr ist das Weltgewissen Richter der Politik. Tatsächlich hat der Mißerfolg der Politik im Koreakonflikt das Weltgewissen zu stark eingeschlafert.

Die Hilfe der Christenheit

Es ist selbstverständlich, daß die Christenheit dem koreanischen Volke die Hilfe des Gebetes schenken muß. Korea ist unlösbar mit jenem Problembereich verstrickt, der heute die Schicksalsfrage der Welt darstellt und damit auch unser Schicksal bestimmt. Wie Pius XII. sagte, erscheint die Rettung der Welt vor der drohenden Katastrophe nur noch durch das Eingreifen übernatürlicher Kräfte möglich, um das wir inständig beten müssen. Wir wollen dabei auch nicht vergessen, daß der Katholizismus in Nordkorea grausam verfolgt wurde und praktisch ausgelöscht ist und daß von den 200 000 katholischen Koreanern 100 000 heute heimatlos sind. Die katholische Weltmission unterstützt die Kirche Koreas nachhaltig und die katholische Caritas Amerikas läßt einen Strom von Gaben nach Korea fließen. Leider hat das von den Amerikanern bis vor kurzem ausschließ-

lich geübte System der Gabenverteilung, das die Spenden aller Wohlfahrtsorganisationen poolte und durch die koreanischen Behörden verteilen ließ, den großen Nachteil, daß die Caritas in absolut unpersönlicher Form zu den Notleidenden kam, der Bürokratie überantwortet wurde und daß so viele Möglichkeiten zu Veruntreuungen und Parteilichkeiten seitens der koreanischen Funktionäre blieben. Was immer für diese Verteilungsart angeführt wird, kann keine Entschuldigung dafür sein, daß man den Spendern nicht immer eine hinreichende Kontrolle über die Verteilung der Gaben sicherte. P. Arkens, Feldgeistlicher des belgischen Bataillons in Korea, hat im übrigen in der Zeitschrift „Scheut“ im Oktober 1951 den harten Vorwurf erhoben, daß sich kein Organismus der Vereinten Nationen ernstlich um die Hilfeleistung für die Millionen von Unglücklichen kümmert, die durch das Land eilen und von niemandem aufgenommen werden. Die Vereinten Nationen hätten sich unter militärischem und politischem Gesichtspunkt in Korea engagiert. Wenn sie sich außerdem auch um die sozialen und menschlichen Fragen sorgten, könnten sie viel Elend lindern. Aber hier sei noch alles zu tun. Nach neuesten Berichten der Agenzia Fides aus Taejon konnten jetzt endlich die päpstlichen Hilfssendungen und auch alle an die Bischöfe adressierten Caritassendungen direkt durch die Missionsoberhirten verteilt werden. Außerdem haben die Protestanten und Katholiken jetzt ein gemeinsames Büro gebildet, das die Gaben der christlichen Konfessionen direkt zur Verteilung an die Bevölkerung bringt. Das Monopol der von den Amerikanern eingesetzten und den koreanischen Behörden anvertrauten Hilfsorganisationen ist also gebrochen.

Aufruf zur Hilfe auch durch uns!

Kann und soll das deutsche Volk auch an der Koreahilfe teilnehmen? Zweifellos! Wird dadurch doch der Welt gezeigt, daß ein Volk, das, selbst in großer Not, die Weltcaritas in Anspruch nahm, auch bereit ist, einem augenblicklich in noch größerer Not befindlichen Volk zu helfen, nachdem es selbst das Schwerste überwunden hat. Angesichts der aus politischen Gründen groß aufgelegten „Koreahilfe“ in der Ostzone, sollte in Westdeutschland besonders darauf geachtet werden, aus menschlicher Solidarität und christlicher Liebe Koreas große Not zu lindern. Besprechungen zur Organisation solcher Hilfe sind seit Oktober 1951 zwischen Gewerkschaften, Wohlfahrtsorganisationen und Caritaseinrichtungen geführt worden, die eine Hilfsaktion für die Flüchtlinge in Korea zum Ziele hatten. Man kann nur wünschen, daß diese Besprechungen zu einem wirksamen Ergebnis in dem Sinne führen, daß die Koreahilfe des Westens nicht von politischen Erwägungen überschattet wird, sondern sich als von echter Nächstenliebe eingegeben und durchgeführt erweist.

Ökumenische Nachrichten

Das Mariendogma und die Protestanten P. Bea SJ hat in einem Vortrag am 29. Oktober 1951 in Rom über „Die Definition des Dogmas von Mariä Himmelfahrt und die Protestanten“ sämtliche erreichbaren protestantischen Veröffentlichungen gegen das Dogma auf ihre Einwände durchleuchtet und daraus ein